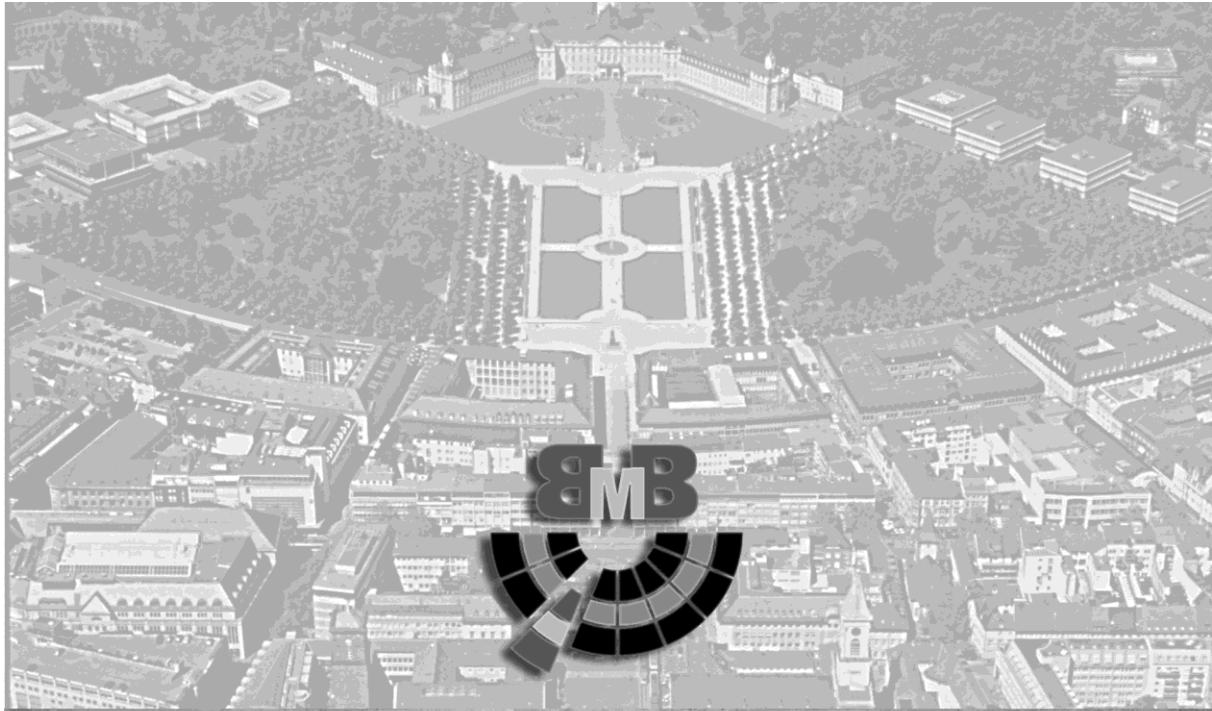


Beirat für Menschen mit Behinderungen Jahresbericht 2007



Karlsruhe
viel vor. viel dahinter.

Inhaltsverzeichnis

I.	Der Beirat für Menschen mit Behinderungen	S. 05
	Arbeitsweise im Berichtsjahr 2007	S. 05
II.	Tätigkeitsbericht 2007	S. 06
	1. Themenschwerpunkte des Jahres	S. 06
	2. Öffentlichkeitsarbeit	S. 16
	3. Einschätzung der Erfolge und Hemmnisse	S. 16
III.	Zusammenfassender Ausblick	S. 17

Anlagen

Pressespiegel

Aktualisierte Liste der Mitglieder

I. Der Beirat für Menschen mit Behinderungen

Arbeitsweise im Berichtsjahr 2007

Zahl der Sitzungen

Der Beirat für Menschen mit Behinderungen führte im Jahr 2007 vier Plenumsitzungen durch. Der Vorstand traf sich des Öfteren zur Vor- und Nachbereitung der unterschiedlichen Themen, die im Jahr 2007 diskutiert wurden. Außerdem arbeiteten verschiedene Beiratsmitglieder in themenbezogenen Arbeitsgruppen, zu denen sie sich zwischen den Plenumsitzungen trafen.

Veränderungen

Im August 2007 verstarb unser Mitglied Herr Dr. Werner Braun. Herr Dr. Braun war in den Beirat als Stellvertreter für die Kategorie „aufgrund chronischer Krankheit behinderter Menschen“ gewählt worden.

Aus beruflichen Gründen ist es Herrn Ralf Dorn als gewählter Vertreter der gehörlosen Menschen nicht mehr möglich, an unseren Sitzungen teilzunehmen. Damit die gehörlosen Menschen in Karlsruhe den Kontakt zum Behindertenbeirat nicht verlieren, stimmte das Plenum des Beirats zu, dass bis zum Ende der ersten Wahlperiode eine Vertretung des Stadt- und Kreisverbandes der Gehörlosen als ständiger Gast an den Sitzungen teilnehmen kann.

Gespräche mit den Fraktionen

Die politischen Kontakte zu den Gemeinderatsfraktionen wurden auch im Jahr 2007 gepflegt. Die Fraktionen von CDU, SPD, GRÜNE und FDP/Aufbruch entsandten erfreulicherweise auch 2007 regelmäßig eine Vertretung in die Sitzungen des Beirats. Für dieses Engagement der Fraktionen möchten wir uns an dieser Stelle, wie auch im Vorjahr, recht herzlich bedanken.

Der Vorstand des Beirats führte 2007 ein Jahresgespräch mit den Fraktionen von CDU, SPD, GRÜNE und FDP/Aufbruch. Die Themen dabei waren vor allem

- die Weiterentwicklung der Barrierefreiheit öffentlicher Gebäude,
- der Wunsch nach vereinfachter Zugänglichkeit der Informationen für behinderte Menschen von der Startseite der Stadt ins Internet,
- das Projekt „integrative Kindertagesstätte“ der Lebenshilfe und
- Informationen über die weiteren geplanten Aktionen des Beirats.

Halbjahresgespräche mit Herrn Bürgermeister Denecken

Der Vorstand des Beirats für Menschen mit Behinderungen traf sich auch im 4. Geschäftsjahr zu zwei Gesprächen mit Herrn Bürgermeister Denecken. Hier besprachen wir die wichtigsten Anliegen des Beirats, die auch in den Gesprächen mit den einzelnen Fraktionen Gesprächsthema waren.

Herr Bürgermeister Denecken hatte, wie in den Jahren davor, ein offenes Ohr für unsere Belange und versicherte uns seine weitere Unterstützung.

Kontakt mit dem Stadtseniorenrat

Herr Weber nahm für uns an mehreren Sitzungen des Stadtseniorenrates teil. Er informierte das Gremium über unseren Jahresbericht 2006 und verteilte ihn an alle Mitglieder des Stadtseniorenrates. Dabei wies er auch darauf hin, dass 69,7 % der behinderten Menschen in Karlsruhe über 60 Jahre alt sind.

Weiter konnten von ihm unsere Anliegen im Bereich des ÖPNV in Anwesenheit von Herrn Dr. Walter Casazza (VBK) und zum barrierefreien Umbau des Haus Solms in Anwesenheit von Herrn Bürgermeister Harald Denecken angesprochen werden.

Zusammenarbeit mit dem Forum Ehrenamt

Frau Becker ging weiterhin als Mitglied des Behindertenbeirats zu den Treffen vom Forum Ehrenamt und berichtete dem Beirat 2007 über deren Aktivitäten und Treffen. Das Forum Ehrenamt traf sich im Jahr 2007 einmal und mit dem Schwerpunktthema „Integration von Migranten“ waren 2007 keine für den Beirat relevanten Anknüpfungspunkte für die gegenseitige Kooperation vorhanden.

Beteiligung des Beirats in den städtischen Ausschüssen

Die entsandten Delegierten des Behindertenbeirats in den Ausschüssen, Planungsausschuss, Jugendhilfeausschuss und Sozialausschuss berichteten in den Plenumsitzungen regelmäßig über die für den Beirat relevanten Themen. Wir stellten auch im Jahr 2007 fest, wie wichtig die einzelnen Vertreter/-innen in den Ausschüssen sind.

II. Tätigkeitsbericht 2007

1. Themenschwerpunkte des Jahres

Perspektiven junger behinderter Menschen nach der Schulentlassung

Zu diesem Thema hatte der Beirat in seiner ersten Sitzung des Jahres 2007 Vertreterinnen der Arbeitsagentur, des Kommunalverbandes für Jugend und Soziales (KVJS) sowie des Integrationsfachdienstes eingeladen.

Aufgaben der Arbeitsagentur:

Zunächst berichten die beiden Kolleginnen der Arbeitsagentur über die Vorgehensweise in der Berufsberatung und in der Arbeitsvermittlung für schwer behinderte junge Menschen.

Die Arbeitsagentur ist grundsätzlich für alle Erstausbildungen Kostenträger, einschließlich des Berufsbildungsbereichs in den Werkstätten für behinderte Menschen. Die Betreuung der Arbeitsagentur beginnt immer bereits in den Schulen. Es wird versucht, eine möglichst frühzeitige Kontaktaufnahme zu erreichen. Pro Jahr werden circa 250 Ausbildungsmaßnahmen vermittelt. Davon rund 50 Jugendliche, die Berufsbildungswerke besuchen und 200 Jugendliche, die vor Ort in Ausbildungszentren beispielsweise beim Internationalen Bund für Sozialarbeit oder bei anderen Reha-Trägern ihre Ausbildung durchlaufen. 40 Jugendliche werden jährlich ungefähr immer

in den Berufsbildungsbereich der Werkstätten vermittelt. Hinzu kommen noch Jugendliche, die auf andere Art und Weise eine Reha-Maßnahme benötigen außerhalb der genannten Schulsysteme. Im Gegensatz zu den gesetzlichen Regelungen der Eingliederungshilfe gehören Jugendliche mit Lernbehinderung nach dem SGB III ebenfalls zu den Berechtigten der Reha-Maßnahmen. Die Berufsberater gehen in die Schulklassen, besprechen die Berufsorientierung mit den Jugendlichen und ihren Eltern unter Einbeziehung der Lehrkräfte. Ebenso findet eine enge Zusammenarbeit mit den Sozialen Diensten der Stadt Karlsruhe statt. Oftmals ist erkennbar, dass Jugendliche nach der Schule noch nicht ausbildungsreif sind und deshalb ein Berufsvorbereitungsjahr oder eine anderweitige berufsvorbereitende Maßnahme sinnvoll ist. Es gibt die berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen (BVB) überwiegend für lernbehinderte Jugendliche.

Im Jahr 2005 wurde ein neues Angebot entwickelt. Das KOBV verfolgt das Ziel, behinderte Jugendliche auf den allgemeinen Arbeitsmarkt vorzubereiten. In enger Kooperation mit dem Integrationsfachdienst, den Hagsfelder Werkstätten Karlsruhe und der Lebenshilfe Bretten als Bildungsträger werden behinderte Jugendliche, die eine Ausbildung aktuell auf dem regulären Arbeitsmarkt nicht schaffen, aber doch fit genug sind, um auf Arbeit vorbereitet zu werden, außerhalb der Werkstatt für die Dauer von 18 Monaten gefördert. Es handelt sich dabei um Abgänger aus der Förderschule für Lernbehinderte und aus den Schulen für geistig behinderte Menschen. Es werden extra Berufsschulklassen gebildet und die Jugendlichen befinden sich drei Tage pro Woche in einem Betriebspraktikum, haben einen Bildungsbegleiter und einen Job-Coach. Die Betreuung findet also sehr intensiv statt. Wenn das Ziel der Vermittlung auf den Arbeitsmarkt dennoch nicht erreicht werden kann, besteht für die Jugendlichen die Möglichkeit, weitere neun Monate im Berufsbildungsbereich der Werkstatt gefördert zu werden.

Im ersten Projektzeitraum wurden acht Jugendliche betreut, von denen sechs Jugendliche einen Arbeitsvertrag erhielten. Dieses Projekt schließt eine Lücke zwischen den Angeboten der Werkstatt und dem allgemeinen Arbeitsmarkt.

In Karlsruhe gibt es rund 200 überbetriebliche Ausbildungsplätze. Die Träger dieser Ausbildungsplätze sind der IB, der Hausfrauenbund und die Evangelische Stadtmission. Es werden Ausbildungsplätze im Bereich Büro, im Bereich Hauswirtschaft und im Textilbereich angeboten sowie Fachwerkerausbildungen in Holz-, Maler-, Gartenbau und Metall. Außerdem gibt es kooperative Ausbildungen in Betrieben mit sozialpädagogischer Betreuung und Stützunterricht.

Die Arbeitsagentur berichtete, wie die Vermittlung schwer behinderter junger Menschen im Arbeitsbereich erfolgt. Auch in diesem Bereich wird zunächst ein spezielles Profil erarbeitet, wo genau geschaut wird, was bringt der junge Mensch mit, welche Behinderung hat er. Die Arbeitsagentur kann Bewerbungstraining finanzieren und die Bewerbung insgesamt begleiten und unterstützen. Außerdem vermittelt die Arbeitsagentur Praktikumsmaßnahmen zum Sammeln von Berufserfahrung und finanziert einzelne Arbeitsplätze durch Eingliederungszuschüsse. Neben den genannten Möglichkeiten gibt es auch noch 8 bis 12 Wochen dauernde Berufswegeplanungsseminare sowie grundsätzlich auch eine Unterstützung von Existenzgründungsüberlegungen durch Kurse bei der Handwerkskammer. Die Arbeitsvermittlungen funktionieren für schwer behinderte junge Menschen oft über den Weg des Praktikums.

Aufgaben des Integrationsfachdienstes:

Nach einer Untersuchung der Integrationsämter haben 60 Prozent der von den Integrationsfachdiensten vermittelten Arbeitsplätze mindestens 5 Jahre Bestand.

Seit 1989 gibt es verschiedene Modellprojekte zur Integration geistig und psychisch behinderter Menschen. Seit 2005 gibt es die „Aktion 1000“. Dabei soll in einer bereichsübergreifenden Organisation gemeinsam von Integrationsfachdienst, Arbeitsagentur, Schule und Politik der Berufsweg schwer behinderter Menschen koordiniert werden. Zu diesem Bereich gibt es auch einen Teilhabeausschuss auf Landesebene.

Im Jahr 2005 gab es 1.083 Schulabgänger aus Schulen für geistig behinderte Menschen in Baden-Württemberg und diese Zahl ist 2006 auf 1.115 gestiegen. Insgesamt gab es in Baden-Württemberg 251 Arbeitsverhältnisse, die über die Integrationsfachdienste vermittelt wurden.

Drei aktuelle Projekte gibt es in Baden-Württemberg:

- Integrations-Coach (PIC) seit 2005 in fünf Regionen.
- Berufsvorbereitende Bildungseinrichtungen (BVE) Projekt in Pforzheim und Leonberg mit rund 40 Teilnehmern. In diesem Projekt bleiben die Teilnehmer Schüler, d. h. es erfolgt keine duale Ausbildung, sondern eine reine schulische Maßnahme.
- KOBV seit 2006 auch in Karlsruhe. Hier sind die Jugendlichen sozialversichert und erhalten ein Ausbildungsgeld.

Barrierefreie Hotels in Karlsruhe

Über dieses Problem haben wir bereits in unserem Jahresbericht 2006 informiert und dabei aber feststellen müssen, dass wir in der Sache selbst nicht viel weiter gekommen sind. Auch zum Zeitpunkt der Verfassung dieses Jahresberichts lagen uns keine positiven Informationen vor.

Vom 10. bis 12. Mai fand in der Karlsruher Messe wieder die weltweit zweitgrößte Fachmesse für Rehabilitation, Pflege und Information (REHAB) statt. Auch diesmal wurde in der Fachpresse „einmal mehr von vielen Ausstellern und Besuchern der chronische Mangel an rollstuhlgeeigneten Unterkünften im Großraum Karlsruhe“ kritisiert.

Der Beirat hatte dies im Vorfeld der REHAB 2007 ebenfalls festgestellt und deswegen die Karlsruher Messe und Kongressgesellschaft und das Stadtmarketing auf den Mangel hingewiesen, der sich auch darin zeigte, dass die notwendigen Informationen, welche barrierefreie Unterkünfte zur Verfügung stehen, auf der entsprechenden Internetseite fehlen oder unzureichend sind. Unser offener Brief, welchen wir auch an das Stadtmarketing gesandt hatten, stieß auf Kritik. Diese Kritik können wir nicht nachvollziehen und haben ausdrücklich darauf hingewiesen, dass es zu unseren Aufgaben gehört auf entsprechende Mängel hinzuweisen.

Wir bestanden auf ein Gespräch mit der Messe und Kongressgesellschaft. Zu diesem Treffen wurden Vertreter der KMK sowie Vertreter des Karlsruher Hotel und Gaststättenverbandes DEHOGA und Vertreter des Behindertenbeirats eingeladen. In diesem Gespräch kam neben der unterschiedlichen Sicht der Problematik auch heraus, dass die Umsetzung der zwischen den Bundesverbänden des Hotel- und Gaststättengewerbes und den betroffenen Behindertenverbänden abgeschlossenen Zielvereinbarung in Karlsruhe kritisch beurteilt wird. Während die Zielvereinbarung davon ausgeht, dass die Standards für barrierefreie Hotels für bereits bestehende Betriebe erfüllbar sind, wurde im Gespräch u. a. die Meinung geäußert, dass die „Messlatte zu hoch“ angesetzt sei. Um in der Sache selbst weiter zu kommen wurde eine nochmalige Befragung verabredet, zu welcher der Behindertenbeirat einen Fragebogen erstellen sollte. Das Ergebnis dieser Aktion soll gemeinsam ausgewertet werden.

Der von uns dafür erarbeitete Erhebungsbogen enthält lediglich Mindestanforderungen für eine erste Abfrage, die vor allem im Hinblick auf die Special Olympics und die REHAB wichtig sind. Grundsätzlich sind wir nach wie vor der Meinung, dass eine Klassifizierung der Hotels und Gastronomiebetriebe nach der abgeschlossenen Zielvereinbarung dringend erforderlich ist und dass dies Aufgabe der DEHOGA ist. Der von uns erstellte Erhebungsbogen wurde an die Hotelbetriebe versandt. Der Rücklauf bis Ende 2007 war allerdings noch bescheiden und lässt somit derzeit noch keine abschließende Auswertung, aus der eine Verbesserung des Angebots an barrierefreien Hotelzimmern erkenntlich wäre, zu.

Barrierefreier Hauptbahnhof

Über unsere umfangreichen Bemühungen den Hauptbahnhof Karlsruhe barrierefrei nachzurüsten, haben wir bereits in unserem letzten Jahresbericht informiert. Diese Bemühungen setzten wir auch im Jahr 2007 fort.

Dabei wurden wir wieder vom Bundestagsabgeordneten Johannes Jung und allen fünf Karlsruher Landtagsabgeordneten, Johannes Stober, Renate Rastätter, Dr. Gisela Splett, Karin Schütz und Manfred Groh unterstützt. Die Landtagsabgeordneten hatten sich auf unsere Bitte hin in der Sache gemeinsam an den Innenminister des Landes Baden-Württemberg, Heribert Rech, gewandt. Vorher hatte die Deutsche Bahn AG beim Innenministerium eine Prioritätenliste der Bahnhofsumbaumaßnahmen eingereicht. Bei 36 Bahnhöfen in Baden-Württemberg wurde ein hoher Handlungsbedarf vermerkt. Bei den großen Bahnhöfen fällt Karlsruhe unter die Kategorie mit hohem Handlungsbedarf. Diese Berücksichtigung werten wir als einen ersten Erfolg unserer Bemühungen.

Eine im Ministerium zu dieser Frage eingerichtete Arbeitsgruppe wollte eigentlich erste konkrete Ergebnisse bis Ende des Jahres 2007 vorlegen. Der Minister hatte zugesichert, dass die Situation am Hauptbahnhof Karlsruhe eingehend betrachtet wird und der festgestellte hohe Handlungsbedarf bei der Priorisierung für den Ausbau entsprechend gewürdigt wird. Nähere Informationen lagen uns bis Jahresende 2007 nicht vor.

Wir haben zwischenzeitlich die Deutsche Bahn AG gebeten, auch den Behindertenbeirat in die konkreten Planungen des erwünschten Ausbaus einzubinden.

Öffentlicher Personennahverkehr

Der Behindertenbeirat beschäftigte sich auch im Jahr 2007 wieder mit dem Thema Öffentlicher Personennahverkehr.

Die im Herbst 2006 geknüpften Kontakte mit dem KVV, wurden mit weiteren Treffen gefestigt. In diesen Gesprächen wurde auch die Idee einer neuen Broschüre zum Thema „Mobilität“ erörtert. Die Broschüre soll Menschen mit eingeschränkter Mobilität, über die barrierefreie Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs in und um Karlsruhe herum informieren. Voraussichtlich soll die Broschüre im Mai 2008 heraus kommen.

Der im Gemeinderat vorgestellte Entwurf zum Nahverkehrsplan wurde zunächst nicht verabschiedet, da er im Planungsausschuss nicht vorberaten und zudem der Behindertenbeirat nicht einbezogen war. Der Beirat thematisierte den Nahverkehrsplan daraufhin in einer Plenumsitzung und lud dazu Vertreter des Karlsruher Verkehrsverbundes und einen Vertreter von der Albtal-Verkehrsgesellschaft ein. Zunächst wurde dem Beirat der Nahverkehrsplan und dessen Bedeutung und Entstehungsgeschichte für den Landkreis Karlsruhe, die Stadt Karlsruhe, den Landkreis Rastatt und die Stadt Baden-Baden vorgestellt. Es wurde mitgeteilt, dass der Nahverkehrsplan bereits von der Stadt Baden-Baden und dem Landkreis Rastatt verabschiedet wurde und auch die Verabschiedung im Landkreis Karlsruhe bevorstehe. Die Verabschiedungen in den Regionen bedeuten jedoch nicht, dass nicht noch Änderungen und Anregungen einfließen können. Dies erlaube eine Vertragsklausel.

In den Ausführungen wurde auch auf die vom Vorstand des Behindertenbeirats und der Behindertenkoordinatorin im Vorfeld eingereichten Anregungen Bezug genommen.

Im Anschluss der Vorstellung des Nahverkehrsplans und des Programms der AVG war noch eine rege Diskussion und Nachfragen von den einzelnen Beiratsmitgliedern und von den Vertretern der anwesenden Fraktionen.

Wir freuen uns darüber, dass unsere Anregungen noch in den Nahverkehrsplan einfließen konnten und hoffen, dass wir zukünftig gleich von Anfang an in die Entwicklung einbezogen werden. Als Erfolg für unsere Arbeit bewerten wir auch die geplante Anbringung neuer und vor allem außen und innen einheitlicher Symbole an den Straßenbahnen, die den Zugang z. B. für Rollstuhlfahrer erleichtern sollen.

Kontakte zum Bauordnungsamt

Der Vorstand führte, in Begleitung weiterer Beiratsmitglieder, Gespräche mit Herrn Bürgermeister Eidenmüller und dem Bauordnungsamt. Themen waren die Unterführung in der Kriegsstraße, wo nun die barrierefreie Erschließung doch hinten runter gefallen ist, die Umsetzung der Landesbauordnung, die barrierefreie Gestaltung des Haus Solms und in diesem Zusammenhang die Problematik des Denkmalschutzes, der oftmals den Belangen behinderter Menschen entgegenläuft. Außerdem wurde darüber diskutiert, welche Kontrollfunktion das Bauordnungsamt wahrnehmen kann, wenn es darum geht, Mängel anzuprangern.

Auf eine weitere Einladung des Bauordnungsamtes gab es ein Gespräch mit hauptsächlich sehbehinderten und blinden Menschen aus dem Beirat und vom Badischen Blindenverband, da das Bauordnungsamt Unsicherheiten im Umgang mit sensorischen Behinderungen geäußert hat. In dieser Gesprächsrunde wurde deutlich, dass zunächst in einem ersten Schritt seitens des Bauordnungsamtes geklärt werden müsste, was bezüglich der DIN-Normen unbedingt umgesetzt werden muss, welche unterschiedlichen Ausführungsvorschriften es in diesem Bereich gibt. Darauf aufbauend muss dann nochmals eine Diskussion geführt werden, welche Maßnahmen darüber hinaus aus Sicht der Betroffenen empfehlenswert sind. Erfreulich war, dass in dieser Gesprächsrunde alle vier Stadtbaumeister vertreten waren.

Herr Fischer ist in engem Kontakt mit dem Bauordnungsamt und beteiligt sich bei der Erarbeitung der Umsetzungsverordnungen. Wir hoffen, dass diesem Thema beim Bauordnungsamt weiterhin genügend Aufmerksamkeit geschenkt wird und wir bald mit einer Rückmeldung rechnen können.

Umsetzung der Barrierefreiheit öffentlicher Gebäude

In diesem Bereich befinden wir uns in einer Umsetzungsphase und in einer Planungsphase.

Das am 17.11.2004 im Sozialausschuss beschlossene Projekt „Barrierefreie Stadt Karlsruhe“ sollte nach dem Willen des Behindertenbeirats in zwei Doppelhaushalten (2005/2006 und 2007/2008) umgesetzt werden.

Im Doppelhaushalt 2005/2006 waren die Mittel für die barrierefreie Umrüstung des Rathauses am Marktplatz, des Rathauses West, des Technischen Rathauses, des Amtes für Bürgerservice und Sicherheit und der Stadtbibliothek durch entsprechende Haushaltsmittel bzw. aus Mitteln des laufenden Etats der Gebäudewirtschaft beschlossen worden. Leider waren ein Teil der Maßnahmen im Zeitraum der Verabschiedung des aktuellen Doppelhaushalts noch nicht abgeschlossen. Unabhängig davon beantragte der Behindertenbeirat beim Oberbürgermeister, dass die noch nicht berücksichtigten Gebäude aus dem Projekt im Doppelhaushalt 2007/2008 entsprechende Berücksichtigung finden. Dabei handelte es sich noch um 13 Gebäude, die ebenfalls aus Haushaltsmitteln oder dem allgemeinen Etat des Amtes für Gebäudewirtschaft barrierefrei umgerüstet werden sollten. Leider wurden unsere diesbezüglichen Wünsche bei der Verabschiedung des Doppelhaushalts 2007/2008 nicht ganz berücksichtigt.

Ein entsprechender Antrag der Fraktion der GRÜNEN, die sich unseren Vorstellungen angeschlossen hatte, fand im Gemeinderat keine Mehrheit. Trotzdem wollen wir nicht verkennen, dass für einen Teil der noch barrierefrei zu stellenden Gebäude entsprechende Finanzmittel beschlossen bzw. zugesagt wurden und dass damit unserem Anliegen grundsätzlich - wenn auch nicht vollkommen - Rechnung getragen wurde.

Zusätzlich konnten nach der Verabschiedung des Doppelhaushalts im Kontakt mit dem Büro von Frau Bürgermeisterin Mergen bei bisher noch nicht berücksichtigten Gebäuden Fortschritte vereinbart bzw. festgestellt werden. So erhielten wir Zusagen bezüglich der Sozial- und Jugendbehörde West in der Thomas-Mann-Straße. Wenn der noch offen stehende Bau einer behindertengerechten Toilette im Erdgeschoss erfolgt ist und alle anderen aufgeführten Maßnahmen durchgeführt sind, kann das Gebäude als barrierefrei zugänglich bezeichnet werden.

Für das Gebäude des Sozialen Dienstes Mitte/Nordwest in der Kochstraße fanden erste Gespräche darüber statt, wie und wann der erforderliche Fahrstuhl verwirklicht werden kann.

Im Kontakt mit der Ortsverwaltung Neureut konnten wir erreichen, dass die dort notwendigen Maßnahmen in Angriff genommen wurden. So teilte uns Herr Ortsvorsteher Jürgen Stober mit, dass der für die Barrierefreiheit vorgesehene Umbau der Damen- und Herrentoilette bis zum Jahresende abgeschlossen sein wird und dass die Errichtung des Plattformliftes vom Foyer ins Obergeschoss des Gebäudes C für das 1. Halbjahr 2008 vorgesehen ist.

Die Bauarbeiten für den Fahrstuhl im Rathaus West wurden im letzten Quartal des Jahres 2007 in Angriff genommen. Die offizielle Übergabe ist für Februar 2008 vorgesehen.

Für den barrierefreien Umbau des Haus Solms haben erste Beratungen im Bauausschuss stattgefunden. Die dabei von Ausschussmitgliedern geäußerten Bedenken sollen bei der Vorlage einer 2. Planung Berücksichtigung finden. Der Behindertenbeirat bat mit einstimmigem Beschluss den zuständigen Bürgermeister darum, ihn bei den weiteren Planungen zu beteiligen. Wir erhielten von ihm die Zusage, dass diese Planungen, bevor diese wieder im Bauausschuss behandelt werden, mit dem Behindertenbeirat abgestimmt werden.

In dem vom Gemeinderat am 23. Januar 2007 verabschiedeten Masterplan findet sich auch die aus unserer Sicht bedeutende Aussage: „Öffentliche Gebäude sind bis 2015 barrierefrei zugänglich“.

Dazu hatte die SPD-Gemeinderatsfraktion u. a. beantragt, dass die Stadt Karlsruhe eine Liste der Gebäude vorlegt, die bereits barrierefrei sind und einen Zeitplan erstellt, wie bis 2015 alle öffentlichen Gebäude barrierefrei zugänglich sind. Dabei sollte auch auf die Problematik der barrierefreien Umrüstung der Landes- und Bundeseinrichtungen eingegangen werden.

Für die öffentlichen Gebäude im Besitz der Stadt Karlsruhe schlug die Verwaltung vor, dass nach der Erstellung einer „Gesamtgebäudeliste“ durch die Gebäudewirtschaft in Kooperation mit dem Beirat für Menschen mit Behinderungen die Einschätzung zur Barrierefreiheit erfolgen soll und darauf aufbauend geprüft werde, welcher Handlungsbedarf besteht. Dann könnte erneut eine Prioritätenliste erstellt und erforderliche Umbaubedarfe nach kostenkontrollierter Planung in die jeweiligen Haushaltsberatungen eingebracht werden. Der Behindertenbeirat ist bereit an dieser Arbeit mitzuwirken. Bisher liegt die Gebäudeliste jedoch noch nicht vor.

Aufgaben und Möglichkeiten der gemeinsamen Servicestelle für Rehabilitation und Teilhabe

Für dieses Thema lud der Behindertenbeirat Vertreter/-innen der gemeinsamen Servicestelle ein, um sich über diese Stelle zu informieren.

Die gemeinsame Servicestelle für Rehabilitation und Teilhabe wurde mit Einführung des SGB IX für die Rehabilitationsträger verpflichtend. Die gemeinsame Servicestelle soll als Lotse für den behinderten Menschen eine Unterstützung im gegliederten System der Sozialversicherung darstellen. In Baden-Württemberg wurde die gemeinsame Servicestelle flächendeckend bei der Deutschen Rentenversicherung eingerichtet, um bereits vorhandene Strukturen zu nutzen. Die gemeinsame Servicestelle ist ein neutraler Ansprechpartner. Sie leistet Beratung und Begleitung, für die Erbringung der Leistungen ist jedoch der jeweilige Reha-Träger in eigener Verantwortung zuständig. Da oftmals mehrere Rehabilitationsträger für die Erbringung einer Leistung zuständig sind, ist es wichtig, eng vernetzt miteinander zu arbeiten. Im Serviceteam der gemeinsamen Rehabilitationsstelle sind deshalb Ansprechpartner/-innen aller Reha-Träger eingebunden (z. B. Jugendhilfe, Krankenkasse, Arbeitsagentur, Sozialhilfe, Berufsgenossenschaft). Die gemeinsame Servicestelle berät, klärt den Reha-Bedarf, klärt die Zuständigkeit und leitet ggf. Anträge weiter. Sie unterstützt und begleitet den behinderten Menschen im Rehabilitationsprozess. Sie wirkt auf eine zeitnahe Entscheidung bei anderen Reha-Trägern hin.

Sie hilft den Beteiligten bei Antragstellung, bei Formulierung eines Wunsch- und Wahlrechtes und hält Kontakt zu anderen Reha-Trägern.

Das SGB IX hat zwar eine Vereinheitlichung der Reha-Begriffe erbracht aber nach wie vor hat jeder Rehabilitationsträger seine speziellen gesetzlichen Vorgaben und nach diesen handelt er. Die Deutsche Rentenversicherung ist bspw. zuständig für Medizinische Rehabilitation, für Teilhabe am Arbeitsleben oder für eine Kombination beider Maßnahmen.

Im Anschluss daran fand noch eine rege Diskussion statt, in der noch Fragen geklärt werden konnten.

Beteiligung Planung Freizeitbad

Im Jahr 2005 wurde der Beirat für Menschen mit Behinderungen mit in den Planungen beim Bau des neuen Freizeitbades einbezogen. Nach ein paar gemeinsamen Gesprächen wurde uns zugesagt, sobald das neue Bad begehbar sei, dieses zu besichtigen. Durch die Bauverzögerung kam es noch nicht zu dieser Begehung.

Kriterienkatalog Barrierefreiheit

Der Behindertenbeirat sieht es als seine Hauptaufgabe an, durch die Herstellung von Barrierefreiheit die Teilhabe behinderter Menschen in allen Bereichen des täglichen Lebens zu gewährleisten. Barrierefrei sind nach der Formulierung des Bundesgleichstellungsgesetzes (§ 4) bauliche und sonstige Anlagen, Verkehrsmittel usw. wenn sie für behinderte Menschen in der allgemein üblichen Weise, ohne besondere Erschwernisse und grundsätzlich ohne fremde Hilfe zugänglich und nutzbar sind.

Auf der Grundlage dieser Gesetzesaussage hat der Behindertenbeirat Karlsruhe in seiner Sitzung am 30. November 2007 in Anwesenheit von Vertretern der Gemeinderatsfraktionen einen Kriterienkatalog beschlossen, der für die umfassende Umsetzung von Barrierefreiheit in unserer Stadt von großer Bedeutung ist.

Danach müssen Gebäude und Einrichtungen immer folgende fünf Grundkriterien erfüllen:

- stufenloser Zugang,
- ausreichend breite Türen,
- ausreichend große Bewegungsflächen,
- Markierung von gefährlichen Glastüren und Stufen,
- Orientierungsmöglichkeiten für seh- und hörbehinderte Menschen.

Zusätzlich dazu wurden einrichtungsspezifische Kriterien für Geschäfte, Supermärkte, Kaufhäuser, Gaststätten, Hotels, Banken, Postämter, Theater, Kinos, Museen und Schwimmbäder festgelegt. Außerdem wird in dem Kriterienkatalog an die Toleranz und Hilfsbereitschaft der in den Bereichen tätigen Personen gegenüber Behinderten appelliert. Bei der Erstellung des Kriterienkatalogs hat sich der Beirat in fast allen Teilen an einem ähnlichen Papier, welches in Berlin in Abstimmung mit der Wirtschaft praktiziert wird, orientiert. Die festgelegten Kriterien sollen erstmals bei der generellen Überprüfung aller städtischen Gebäude auf Barrierefreiheit zur Anwendung kommen.

Die Erstellung einer solchen Liste hat der Gemeinderat der Stadt in seiner Sitzung im Oktober beschlossen um das Ziel des Masterplans, öffentliche Gebäude bis zum Stadtgeburtstag barrierefrei zu stellen, zu verwirklichen. Wir wollen jedoch ausdrücklich betonen, dass die beschlossenen Kriterien auch bei allen nicht öffentlichen Gebäuden und Einrichtungen zur Anwendung kommen müssen. So werden wir uns bei unserer nächsten Sitzung mit der Frage der barrierefreien Nutzung der Karlsruher Ladengeschäfte im Sinne des Kriterienkatalogs beschäftigen.

Untersuchung Barrierefreiheit nicht städtischer Gebäude

Geht es nach der Zielsetzung des Karlsruher Masterplans, werden im Jahre 2015 alle öffentlichen Gebäude in der Stadt barrierefrei erreichbar sein. Diese Zielsetzung veranlasste den Behindertenbeirat, eine Untersuchung von öffentlich genutzten Gebäuden, die sich **nicht** in städtischem Besitz befinden, durchzuführen.

Dazu zählen u. a. Polizeidienststellen, Postfilialen, Gebäude von Bundes- und Landesbehörden, von Kultureinrichtungen, von Banken und Bausparkassen, von Krankenhäusern, Krankenkassen und Rentenversicherungsträgern.

Diese Einrichtungen wurden von einer Arbeitsgruppe des Behindertenbeirats unter Leitung seines Mitglieds Günter Fischer ausgewählt. Bis Mitte September waren ehrenamtliche Datenerheber unterwegs und erfassten vor allem den Eingangsbereich der Gebäude auf barrierefreie Nutzung (Anzahl der Treppen, Höhe der Stufen, vorhandene Aufzüge und Behindertentoiletten). In fast allen angeschriebenen Betrieben zeigten sich die Verantwortlichen gegenüber der Aktion sehr aufgeschlossen und unterstützten die Arbeit. Es ist festzustellen, dass das Anliegen der Barrierefreiheit zwischenzeitlich viel ernster genommen wird und zum Teil auch danach gehandelt wird.

Von 71 angeschriebenen Betrieben erklärten sich 54 bereit, an der Aktion mitzuwirken. Die Auswertung der Daten ergab, dass

- 39 % der Gebäude barrierefrei nach DIN waren,
- 33 % der Gebäude als weitgehend barrierefrei eingestuft werden konnten,
- 19 % teilweise barrierefrei waren und
- 9 % als nicht barrierefrei klassifiziert werden mussten.

Die neu erhobenen Daten sind bereits im Internet auf der Seite „Barrierefreie Stadt Karlsruhe“ der Homepage der Stadt Karlsruhe eingestellt.

Der Behindertenbeirat wird mit den Betrieben und Institutionen, deren Gebäude als nur teilweise oder nicht barrierefrei klassifiziert wurden in Kontakt treten um Verbesserungen zu erreichen.

Eingliederungshilfe

Der Behindertenbeirat war auch im Jahr 2007 in engem Austausch mit der Sozial- und Jugendbehörde und nahm an den Trägersitzungen im Handlungsfeld „Wohnen für Menschen mit geistiger und/oder körperlicher Behinderung“ teil.

Außerdem war der Vorstand des Beirats einbezogen in die seitens der Sozial- und Jugendbehörde entwickelten Grundsätze zur Umsetzung des Persönlichen Budgets ab 2008 sowie in die Planungen des neuen Konzeptes zu den betrieblich integrierten Werkstattarbeitsplätzen und dem Modell der aufsuchenden Familienberatung.

Wir freuen uns darüber, dass die Entwicklung der Hilfeplanung nun auch im Bereich der Hilfen für Menschen mit geistigen und körperlichen Behinderungen voranschreitet und die Verwaltungsmitarbeiter/-innen auch hier bald durch zusätzliches Fachpersonal unterstützt werden.

Die Verwaltungsreform ist aus Sicht des Behindertenbeirats in der Stadt Karlsruhe sehr positiv umgesetzt worden und ermöglicht nun den behinderten Menschen eine aktive Beteiligung in der Ausgestaltung der Hilfeangebote. Wir freuen uns auf die weitere Zusammenarbeit mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Abteilung Eingliederungshilfe.

2. Öffentlichkeitsarbeit

Pressearbeit

Nach den Sitzungen des Beirats wurde vom Vorstand jeweils eine Pressemeldung erstellt, die an die Karlsruher Medien verschickt wurde. Wir versuchten durch gezielte Kontakte mit den Vertretern der Presse wichtige und aktuelle Themen des Beirats zu platzieren. Der Anhang im Jahresbericht gibt einen Überblick über die Themen, die von uns in der Presse platziert werden konnten.

Internetseite

Themen, die in den Plenumssitzungen im Jahr 2007 bearbeitet wurden, wurden durch unser Mitglied Mathias Otten in Kooperation mit dem Medienbüro auch in die Internetseite der Stadt Karlsruhe eingebunden.

3. Einschätzung der Erfolge und Hemmnisse

Die Anliegen der Behinderten sind im Bewusstsein der Öffentlichkeit und bei den Verantwortlichen der Stadt, sowie an vielen anderen Stellen angekommen. Dies zeigte auch die Entscheidung des Herrn Oberbürgermeisters, den Bürgerempfang im Januar 2008 unter das Motto „**Menschen mit Behinderungen - Mitten im Leben der Stadt**“ zu stellen. Wir haben diese Entscheidung sehr begrüßt und uns bei der Vorbereitung des Empfangs entsprechend beteiligt.

An den Sitzungen des Behindertenbeirats nehmen inzwischen fast regelmäßig Vertreter und Vertreterinnen der Gemeinderatsfraktionen von CDU und SPD, der Fraktion der Grünen und der Fraktion von FDP/Aufbruch teil. Bei der hohen Terminverpflichtung der Gemeinderäte wissen wir das besonders zu schätzen.

Durch Beschluss des Gemeinderats und ergänzende Zusagen der Verwaltung sind wir bei der barrierefreien Umrüstung der städtischen Gebäude aus dem Projekt „Barrierefreie Stadt Karlsruhe“ ein gutes Stück vorangekommen. Der Abschluss der Umsetzung steht oder stand bis Ende des Jahres 2007 allerdings in mehreren Gebäuden noch aus. Einen konkreten Überblick über den aktuellen Stand haben wir zwischenzeitlich von Frau Bürgermeisterin Mergen erbeten.

Leider gibt es bezüglich der Anliegen barrierefreier Hauptbahnhof, barrierefreie Haltestellen am Bahnhofsvorplatz und (nennenswerter) Verbesserungen des Angebots barrierefreier Hotelbetten in Karlsruhe bis zum Ende 2007 keinen Erfolg zu vermelden. Für uns enttäuschend kam es zu Verzögerungen in diesen und anderen Bereichen. Enttäuschend finden wir vor allem das doch erkennbare Desinteresse der Karlsruher Hotelerie in Sachen Barrierefreiheit. Wir denken, dass hier wichtige Zukunftschancen verschenkt werden, was einer baden-württembergischen Großstadt mit der bundesweit zweitgrößten Reha-Messe schlecht zu Gesicht steht. Auch hoffen wir, dass sich die Entwicklungen in Sachen barrierefreier Bahnhofsvorplatz nicht länger verzögern, da der Öffentliche Personennahverkehr in Karlsruhe aus unserer Sicht in Hinblick auf die barrierefreie Nutzbarkeit einen hohen Nachrüstungsbedarf hat. Wir wollen möglichst bald uneingeschränkt Straßenbahn fahren können und nicht erst in 10 oder 20 Jahren.

Es ist sicher positiv zu bewerten, dass der Behindertenbeirat an den weiteren Planungen zum barrierefreien Umbau des Haus Solms beteiligt werden soll. Ebenfalls ist es positiv zu vermerken, dass der Gemeinderat der Stadt Karlsruhe, seine Stellungnahme zum Nahverkehrsplan zunächst vertagte und dadurch dem Behindertenbeirat eine Beratung mit Vertretern des Karlsruher Verkehrsverbunds und der Albtal-Verkehrsgesellschaft ermöglichte. Mehrere unserer Anregungen sind in den Nahverkehrsplan eingeflossen.

Die Verabschiedung des Masterplans 2015 durch den Gemeinderat bietet für uns neue Ansätze. Die Anliegen der Behinderten sind an mehreren Stellen berücksichtigt worden. Wir sehen eine unserer Aufgaben darin, die entsprechenden Absichtserklärungen des Plans in die Umsetzungsphase zu bringen.

Wir haben es sehr begrüßt, dass die personelle Aufstockung im Bereich der Eingliederungshilfe gelöst worden ist.

III. Zusammenfassender Ausblick

2008 ist das letzte Jahr der Amtszeit des derzeitigen Behindertenbeirats.

Mit der Vorbereitung der Neuwahl wird sich die zuständige Stelle nach den vom Gemeinderat verabschiedeten Leitfaden nach der Sommerpause beschäftigen, so dass die Neuwahl und Konstituierung des Gremiums bis zum Jahresende abgeschlossen sein dürfte.

Wir streben u. a. im letzten Jahr unserer Amtszeit noch an,

- dass das Projekt „Barrierefreie Stadt Karlsruhe“ abgeschlossen wird,
- dass die zu erstellende Liste der städtischen Gebäude mit Umrüstungsbedarf auf Barrierefreiheit erstellt, dem Gemeinderat vorgelegt wird und erste Beschlüsse im Bezug auf den nächsten Doppelhaushalt fallen,
- dass Entscheidungen für die barrierefreie Umrüstung des Hauptbahnhofs erfolgen,
- dass die barrierefreien Umbauten der Haltestellen am Bahnhofsvorplatz beginnen,
- dass es zu einer spürbaren Verbesserung des Angebots an barrierefreien Hotelzimmern in Karlsruhe kommt,
- dass die im Masterplan vorgesehene Projektgruppe für das Leitprojekt Bildung eingesetzt wird. Dieses Leitprojekt sieht ein zukunftsorientiertes Konzept für qualifizierte Angebote in den Bereichen Erziehung, Betreuung und Bildung unter der Berücksichtigung der Integration behinderter Kinder in den Regelkindergärten und dem allgemeinen Schulangebot vor.

Diese Auflistung zeigt, dass dem Behindertenbeirat auch im Jahre 2008 die Arbeit nicht ausgehen wird.

Auch in Bezug auf das Informationsanliegen behinderter Menschen hoffen wir darauf, dass 2008 die Homepage des Beirats nicht mehr mit vielen Klicks aufgesucht werden muss, sondern diese Internetseite durch das Anklicken eines Buttons einfacher erreicht werden kann.

Wir begrüßen weiterhin alle Initiativen der Stadt, der Gemeinderatsfraktionen und der Ortschaftsräte zur Verbesserung der Situation behinderter Menschen in Karlsruhe.

Bedanken möchten wir uns bei allen die stets und immer ein offenes Ohr für unsere Anliegen und Anregungen haben und freuen uns auf eine weitere und kooperative Zusammenarbeit. Einen ganz besonderen Dank richten wir an die Behindertenkoordinatorin der Stadt Karlsruhe, Frau Martina Warth-Loos, die uns, trotz ihres großen Aufgabengebietes, immer und wo sie kann unterstützt!

Anlagen

- **Pressespiegel**
- **Aktuelle Zusammensetzung des Beirats**